

SOLIDARITÄT

Die **OGB**-Zeitschrift für die Arbeitswelt

IN DIESEM HEFT:

→ ÖGJ-Kampagne „Internatskosten weg!“

→ Tipps für das Dienstzeugnis

→ Warnung vor Phishing-Mails



Ohne Kammer wär's ein Jammer

Seite 4-7

FRAUENWAHLRECHT

1918 wurde das Wahlrecht für alle eingeführt.

Seite 10

MINDESTLOHN

Immer mehr bekommen mindestens 1.500 Euro brutto.

Seite 11

LOHNNEBENKOSTEN

In Österreich nur leicht über dem EU-Schnitt.

Seite 14

VOR 9 JAHREN IN DER SOLI



2008 appellierte die „Solidarität“ an die LeserInnen, bei den Neuwahlen von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und die zukünftige Regierung mitzubestimmen. Freie Wahlen sind das Rückgrat der Demokratie und ermöglichen, mitzubestimmen, wer im Parlament Gesetze beschließt.

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerin:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Alexa Jirez. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegl. **Chefin vom Dienst:** Amela Muratovic. **AutorInnen:** Florian Kräftner, Franz Fischill, Dietmar Meister, Friederike Scherr, Lukas Spring, Carmen Janko (OÖ), Christoph Schulz (Salzburg), Helena Sachers (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Lisa Siutz (Kärnten), Sabine Rudigier (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark). **Artredaktion & Grafik:** Reinhard Schön. **Illustrationen:** Isabelle Carhoun, Hannes Kiengraber. **Titelbild:** Erwin Schuh. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler. **Lektorat:** Karin Flunger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli. **Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:** www.soli.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. ZVR-Nr.: 576439352 DVR-Nr. 0046655

Adressänderungen

Tel.: 01/534 44-39100
oder unter service@oegb.at



Wiedereinstieg in den Job



DAS Kinderbetreuungs-geld wirkt sich positiv auf die Väterbeteiligung aus. Seit dem Jahr 2006

hat sich die Zahl der Väter, die in Karenz gehen, vervierfacht. 13 Prozent aller Väter nehmen ihre Familienpflichten ernst und bleiben zumindest durchschnittlich 91 Tage zu Hause. Diese Zahlen zeigen, dass die familienpolitischen Maßnahmen auf einem guten Weg sind. Die Übernahme der Betreuungspflichten durch die Väter wirkt sich auch positiv auf den Wiedereinstieg der Partnerinnen aus. Drei Viertel aller Frauen, die sich die Karenz mit ihrem Partner teilen, steigen vor dem 2. Geburtstag des Kindes wieder in den Beruf ein – rund vier Monate früher als im Jahr 2006.

Kinderbetreuung am Land



DER Vereinbarkeits-Indikator für Familie und Beruf sagt, dass die Öffnungszeiten der Kinderbildungsein-

richtungen so sein müssen, dass die Eltern einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen können. Im ländlichen Raum ist der Aufholbedarf groß. Öffnungszeiten bis Mittag oder über Mittag geschlossene Einrichtungen sind selbst für eine Teilzeitkraft keine Unterstützung. Es braucht dringend eine Optimierung der Öffnungszeiten sowie eine Ausbaufensive bei den Kinderbildungseinrichtungen – vor allem in den Ländern. Denn nur wenn das Angebot vorhanden ist, haben die Eltern eine wirkliche Wahlfreiheit in Bezug auf die Betreuung des Nachwuchses. Hier muss rasch etwas geschehen.

GUT GEBRÜLLT /// UNS ZUGEMÜLLT

»An entscheidenden Stellen Nein rufen«



Christian Scholz, Professor an der Universität des Saarlandes

Quelle: Der Standard, 26./27.8.2017

In einem Kommentar in der Tageszeitung „Der Standard“ geht Professor Christian Scholz der Dauerforderung auf den wahren Grund und kommt zum Schluss: „Plötzlich geht es weniger um eine Flexibilisierung für die MitarbeiterInnen, sondern um eine Flexibilisierung ihrer Einsetzbarkeit.“ Dabei entlarvt er das Argument der Arbeitgeber und greift auf einen jahrzehntealten Begriff zurück: Kapovaz (Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit). Anders ausgedrückt: Regelarbeitszeit ist jeden Tag, gearbeitet wird, wenn es der Arbeitgeber wünscht. Kein Wunder auch, dass bereits intensiv darüber diskutiert und geforscht wird, wie wir mit dieser ständigen Verfügbarkeit leben lernen. Scholz fordert dagegen zum Mitdenken und Mitreden auf. Und an den entscheidenden Stellen Nein zu rufen, auch wenn man dann wie die Gewerkschaften als Bremsklotz bezeichnet wird.

GENUG GEJAMMERT! WARUM WIR GERADE JETZT EIN STARKES SOZIALES NETZ BRAUCHEN



Österreichs Sozialsystem ist eine Erfolgsgeschichte. Lange war es Garant für Wohlstand und sozialen Aufstieg für breite Bevölkerungsschichten. Doch anstatt die Stärken des Sozialstaats in wirtschaftlich schwierigen Zeiten abzusichern, wird er oft krankeredet und ausgehöhlt. Der soziale Frieden wird aufs Spiel gesetzt, Grundrechte werden infrage gestellt, sozialer Abstieg bis weit in die Mittelschichten hinein wird in Kauf genommen. Solidarität schwindet, wird uns eingeredet und dabei Neid gesät: Junge gegen Alte, Gesunde gegen

Kranke, Arbeitsuchende gegen Arbeitsplatzbesitzer, Inländer gegen Zugezogene. „Hören wir auf, das soziale Netz krankzujammern, und verbessern wir es dort, wo bereits Lücken entstanden sind“, fordern der Sozialexperte Martin Schenk und der Gesundheitsjournalist Martin Schriebl-Rümmele. Die positiven Wirkungen des Sozialstaats gehören gestärkt, die Fehlentwicklungen korrigiert.

Martin Schriebl-Rümmele, Martin Schenk, Gerhard Haderer: **Genug gejammert!** Warum wir gerade jetzt ein starkes soziales Netz brauchen. Mit Zeichnungen von Gerhard Haderer. AmpulsVerlag, 180 Seiten, 18,90 Euro. **Buchverlosung auf Seite 23.**

„INGENIEURIN“ GILT JETZT MEHR

Der/Die (HTL-)IngenieurIn gilt endlich gleich viel wie der (akademische) Bachelor – zumindest im Nationalen Qualifizierungsrahmen (NQR), der europaweit Qualifikationen vergleichbar machen soll. Für das Erlangen dieser Qualifikation ist zusätzlich zu einem HTL-Abschluss eine dreijährige fachbezogene Praxis notwendig. „Das ist eine längst überfällige Aufwertung der Qualifikation IngenieurIn für HTL-AbsolventIn-

nen“, sagt Gabriele Schmid, Leiterin der Abteilung Bildungspolitik in der Arbeiterkammer Wien. „Damit haben unsere IngenieurInnen bessere Chancen, in anderen EU-Ländern entsprechend ihrer tatsächlichen Qualifikation beschäftigt zu werden.“ Eines gilt es jedoch zu beachten: Mit dieser Qualifizierung sind keine hochschulischen Berechtigungen verbunden, IngenieurInnen können also kein Masterstudium beginnen.

CROWDWORK: ENDE DER GRAUZONEN-ARBEIT

Immer mehr Beschäftigte arbeiten für Crowdwork-Plattformen wie MyLittleJob, Jovoto oder Clickworker – meist ohne Arbeitsvertrag und unter dem Mindestlohn. AK und ÖGB fordern daher klare Regelungen für diese Beschäftigten. Gemeinsam mit der deutschen Gewerkschaft IG Metall und der schwedischen Angestelltengewerkschaft Unionen haben sie die Plattform <http://faircrowd.work> aufgebaut. Diese soll Plattform-ArbeiterInnen helfen, sich zu informieren, zu organisieren und ihre Rechte durchzusetzen.



ERICH FOGLAR, ÖGB-Präsident, zur Nationalratswahl 2017

FAKTEN STATT FIKTIONEN



Die Nationalratswahl 2017 ist eine Richtungsentscheidung. FPÖ und NEOS gehen mit der Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft

bei den Kammern auf Stimmenfang. Ohne Pflichtmitgliedschaft kann jeder Unternehmer aus der Wirtschaftskammer austreten – damit verlieren Kollektivverträge in diesem Betrieb ihre Gültigkeit. Das bedeutet kein 13. und 14. Gehalt, keine Mitbestimmung und keinen Schutz vor überlangen Arbeitszeiten (12-Stunden-Tag).

Die Aufhebung der Mitgliedschaft bei der Arbeiterkammer (AK) wäre ein Frontalangriff auf ArbeitnehmerInnen. Die AK ist mit ihrem Angebot an Rechtsschutz, KonsumentInnen-schutz und ihrer Expertise eine laute Stimme für arbeitende Menschen. Ich kann daher allen Gewerkschaftsmitgliedern nur dringend raten, sich vor dieser Wahl gründlich zu überlegen, welcher Partei sie ihre Stimme geben. Auch der ÖGB wird in den Wahlkampf hineingezogen. Mich persönlich amüsiert es immer, wenn ich in der Zeitung lese, wer aller meine Nachfolge antreten wird. In Wahrheit geht es hier um Spekulationen, die gezielt zur Stimmungsmache gegen Gewerkschaften und Sozialpartnerschaft eingesetzt werden. Darum möchte ich an dieser Stelle klarstellen: Ich bin und bleibe bis zum nächsten ÖGB-Kongress im Juni 2018 Gewerkschaftspräsident. Ich fühle mich ausschließlich den ArbeitnehmerInnen verpflichtet und stehe für machtpolitisches Taktieren nicht zur Verfügung. Der ÖGB beurteilt jede Regierung nur danach, was sie bereit ist für die arbeitenden Menschen zu tun, egal, ob der künftige Präsident Erich Foglar heißen wird oder nicht – und diese Entscheidung obliegt ausschließlich den Delegierten beim ÖGB-Kongress.



Christian Hutterer arbeitete als Begleitfahrer für Sondertransporte.

2.300 ÜBERSTUNDEN NICHT AUSBEZAHLT BEKOMMEN

250 bis 270 Arbeitsstunden pro Monat, 14 Stunden Arbeit pro Tag, keine geregelten Pausen – und dann als Krönung gerade mal 1.500, 1.600 Euro netto auf dem Lohnzettel. Das erlebte Christian Hutterer in seinem letzten Job als Begleitfahrer für Sondertransporte. Gemeinsam mit drei Kollegen wandte er sich an die AK Niederösterreich. Nachberechnungen ergaben, dass bei den vier Mitarbeitern insgesamt 2.300 Überstunden offen waren. „Ich hätte mir für diese Branche einen Kollektivvertrag gewünscht, der für faire Arbeitsbedingungen gesorgt hätte“, so der Tullner. Die AK zog für die Betroffenen vor Gericht, um insgesamt 18.000 Euro nachzufordern.

Ein Wahlkampf ist nach einem geflügelten Wort eine Zeit fokussierter Unintelligenz, und da kann auch schon einmal die AK unter Beschuss kommen. Von Abschaffung der gesetzlichen Mitgliedschaft ist einmal die Rede, dann wieder von der Halbierung der Beiträge zu den Arbeiterkammern, oder es heißt, sie müssten zu Serviceorganisationen werden.

»Leidtragende wären die Menschen, die sich keinen Anwalt leisten können.«

Renate Anderl, ÖGB-Vizepräsidentin

Dass sie das, nämlich Serviceorganisationen, längst sind, macht ein Blick in die Statistik klar: Zwei Millionen Mal pro Jahr werden Mitglieder beraten – bei arbeitsrechtlichen Problemen, in Fällen von insolventen Arbeitgebern oder im KonsumentInnenschutz. Die AK ist für die ArbeitnehmerInnen ein gutes Geschäft: 532 Millionen Euro bringt ihnen die AK, um rund 100 Millionen mehr, als die Beiträge der Mitglieder ausmachen.

Kein Beitrag – voller Anspruch

GutverdienerInnen könnten sich vielleicht auch Rechtsschutzversicherung

oder, wenn's drauf ankommt, einen Anwalt leisten. Die AK ist aber dank solidarischer Mitgliedschaft für alle ArbeitnehmerInnen da. Rund 816.000 Mitglieder zahlen keinen AK-Beitrag. Das sind zum Beispiel Menschen, die Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Krankengeld beziehen, Eltern in Karenz, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienstler, geringfügig Beschäftigte – ArbeitnehmerInnen also, die ohnehin auf

jeden Euro schauen müssen. Sie haben trotzdem Anspruch auf das volle AK-Leistungsangebot.

„Das sind Menschen, die sich keinen Anwalt leisten könnten“, sagt ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl. Vor allem sie wären die Leidtragenden, wenn aus der Kette der ArbeitnehmerInnenvertretungen (Gewerkschaften – Arbeiterkammern – Betriebsräte) ein Glied geschwächt würde. „Wer die Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer abschaffen will, schwächt alle Beschäftigten. Aber ganz besonders die Menschen, die nur ein kleines Ein-

kommen haben, wären die Opfer einer solchen Politik.“

Unzählige Gesetze geprüft

Die AK ist also eine Serviceorganisation – aber sie ist viel mehr als nur das. Die Kammern sind auch am Gesetzgebungsprozess beteiligt. Im Vorjahr haben die AK-ExpertInnen im Arbeitsrecht, Sozialrecht, im Wohnrecht, aber auch im KonsumentInnenschutz oder in der Verkehrspolitik 345 Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene und weitere 244 auf Landesebene begutachtet. Sie sind dabei nur den Mitgliederinteressen verpflichtet. „Ganz wesentlich war das zum Beispiel bei den Pensionsreformen Anfang der 2000er-Jahre, die wegen der massiven Demonstrationen der Gewerkschaftsbewegung, aber eben auch mithilfe der Expertise von den AK-ExpertInnen entschärft werden konnten“, erinnert ÖGB-Präsident Erich Foglar. Sonst hätten die Pensionsverluste bis zu 40 Prozent ausgemacht.

Angriff auf Kollektivverträge

Was aber wenige wissen: Wird die gesetzliche Mitgliedschaft in den Kammern angegriffen, geht es auch dem Kollektivvertragssystem an den Kra-

WOHNUNGSSUCHENDEM ÜBER 1.500 EURO ERSPART



Herr H. war auf Wohnungssuche, vereinbarte mit einem Makler einen Besichtigungstermin und schloss einen Mietvertrag ab. Schnell stellte sich heraus, dass ihm wesentliche Informationen über die Wohnung vorenthalten worden waren. Außerdem belehrte der Makler Herrn H. nicht über die gesetzlichen Rücktrittsrechte. Trotzdem sollte Herr H. die volle Maklerprovision zahlen – 1.180 Euro. Fertig war der Streit: Der Makler schaltete einen Anwalt ein – Herr H. ging zur AK.

So konnte die AK helfen: Wird der Maklervertrag (Provisionsvereinbarung) nicht in den Geschäftsräumlichkeiten des Maklers abgeschlossen, dann hat der/die Wohnungssuchende ein 14-tägiges Rücktrittsrecht – außer er/sie verzichtet ausdrücklich darauf. Wenn der Makler den Kunden/die Kundin über diese Möglichkeit nicht schriftlich belehrt, dann verlängert sich die Rücktrittsfrist um ein Jahr. Da Herr H. aber eine solche Belehrung nicht bekam, konnte die AK einen Rücktritt vom Maklervertrag erreichen. Damit ersparte sich Herr H. die Provision inklusive der geforderten Anwaltskosten in Höhe von insgesamt 1.540 Euro.

gen – und damit den flächendeckenden Mindestlöhnen ebenso wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld und vielen weiteren Vorteilen. Dafür ist weniger die gesetzliche Mitgliedschaft in den Arbeiterkammern entscheidend, sondern vielmehr die in den Wirtschaftskammern. „Wegen des österreichischen Systems der sozialpartnerschaftlichen Lohnverhandlungen beneiden uns ArbeitnehmerInnen in vielen Ländern, und dank der Mitgliedschaft in der WKÖ gelten die Kollektivverträge so

gut wie in allen Unternehmen“, erläutert Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Der Vergleich macht sicher: In Österreich gelten die Kollektivverträge für 98 Prozent der ArbeitnehmerInnen. In Deutschland, wo die Unternehmen die Arbeitgeberverbände jederzeit verlassen können, sind es nur wenig mehr als die Hälfte.

Darunter leiden würden vor allem Beschäftigte in gewerkschaftlich weniger organisierten Branchen und Un-

ternehmen – also dort, wo vermehrt schlecht ausgebildete und niedriger bezahlte Arbeitsplätze zu finden sind. Die Folge: weniger Solidarität, mehr gesellschaftliche Konflikte.

Ein Blick in die Vergangenheit

Brigitte Pellar, Historikerin mit Schwerpunkt AK- und Gewerkschaftsgeschichte, ordnet die Angriffe auf die Arbeiterkammern so ein: „Immer wenn der demokratische Sozialstaat

NACH 37 JAHREN: IM KRANKENSTAND FRISTLOS ENTLASSEN



Herbert Sch. war über 37 Jahre lang als Monteur bei ein und derselben Firma tätig – von der Lehre weg. Dann wurde Herbert Sch. krank und von einem auf den anderen Tag fristlos entlassen. Damit nicht genug, es stellte sich noch heraus, dass bei einem Betriebsübergang alle seine bis dahin erworbenen Abfertigungsansprüche einfach nicht anerkannt worden waren.

Wie die AK Herrn Sch. helfen konnte:

Die AK musste nicht nur die fristlose Entlassung bekämpfen, für die es keinen rechtmäßigen Grund gab, sondern auch den gesamten Abfertigungsanspruch für Herbert Sch. einfordern. Die AK ließ aber auch in diesem Fall nicht locker, klagte vor Gericht und konnte so insgesamt 53.047 Euro für Herbert Sch. von seinem ehemaligen Arbeitgeber einfordern.

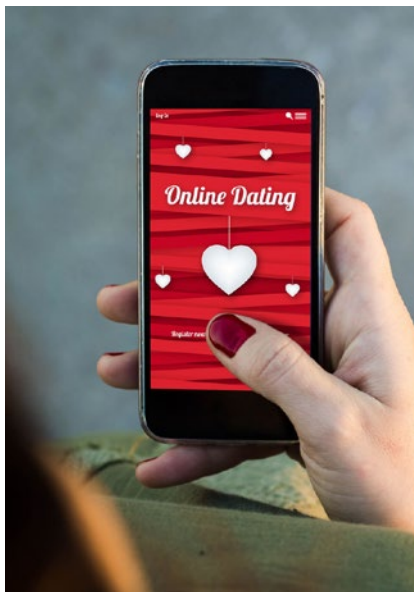


unter Beschuss geriet, ob durch die autoritär-faschistische Politik der Zwischenkriegszeit oder den Neoliberalismus des 21. Jahrhunderts, waren die Arbeiterkammern zusammen mit den Gewerkschaften im Visier. In der Zweiten Republik setzen die GegnerInnen jedoch nicht mehr auf die Abschaffung der demokratisch bestellten Selbstverwaltung, sondern auf ein ähnlich effektives Instrumentarium: die Abschaffung der ‚Pflichtmitgliedschaft‘ und eine massive Kürzung der Kammerumlage – bisher ohne Erfolg.“

ÜBER 11 MILLIONEN EURO „ABGEZOCKT“

Die AK Vorarlberg hat das Datingportal-Unternehmen HQ Entertainment Network bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft in Wien angezeigt. Der Vorwurf: Auf den Plattformen seien gar keine realen Frauen zu finden, sondern nur Fake-Profilen bzw. CUser (von HQ erstellte und betriebene Profile).

Allein 2015 wurden über 11 Millionen Euro Gewinn an die Gesellschafter ausgeschüttet, mitbeteiligt dabei ist ein Nenzinger Geschäftsmann. Gerade dieser Fall, bei dem KonsumentInnen abgezockt werden, beweise, wie wichtig ein kritischer KonsumentInnenschutz ist.



ÜBER 400 ÜBERSTUNDEN NICHT BEZAHLT BEKOMMEN



Wer:
Monteur aus dem Burgenland

Betrieb:
Unternehmen der Metallbranche im Außendienst

Wie lange:
Sechs Monate, täglich mehr als zehn Stunden am Tag!

Lohn:
Teilzahlungen – gerade so viel, dass es für das Überleben reicht!

Die AK hilft:
Der Arbeiter hat in dem halben Jahr weit über 400 Überstunden geleistet, die nie bezahlt wurden. Auch Entfernungs- und Montagezulagen wurden nicht berücksichtigt. Hinzu kommen eine Verletzung der täglich erlaubten Arbeitszeiten sowie der Einhaltung von Ruhezeiten. Insgesamt wurden dem Arbeiter rund 18.000 Euro von seinem Arbeitgeber vorenthalten.

WEBTIPP

AK-Leistungsbilanz 2016 –
<https://goo.gl/me9Ln4>



KOLUMNE

ES GEHT AUFWÄRTS!



Eigentlich müsste die Stimmung rosiger sein: Die heimische Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Die Wirtschaftsleistung ist bereits im Jahr 2016 um 1,4 Prozent gewachsen und wird heuer sogar um 2,2 Prozent steigen. Für die Jahre 2018 und 2019 erwarten ExpertInnen eine Fortsetzung dieses Trends. Die Schuldenquote sinkt erstmals seit der globalen Finanzkrise. Gute Nachrichten gibt es auch vom Arbeitsmarkt: Sowohl die Beschäftigung als auch die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden sind deutlich gestiegen – es geht also aufwärts.

Hört man aber einigen Spitzenkandidaten (auf die weibliche Schreibweise kann hier getrost verzichtet werden) zu, könnte man zum Schluss kommen, Österreich schlitterte von Krise zu Krise: Sicherheitskrise, Bildungs- und Flüchtlingskrise – Krisen überall. Gleichzeitig wird eine der „Wunderwaffen“ unseres Wohlstandes – der Sozialstaat – beharrlich schlechtgeredet. Wer sich für den Sozialstaat einsetzt, wird als ewiggestrig oder zukunftsvergessen verunglimpft und als Sozialromantiker

»Unser Sozialsystem ist ein Erfolgsmodell.«

bzw. Klassenkämpfer bezeichnet. Gebetsmühlenartig wird behauptet, das Pensionssystem sei unfinanzierbar und das Gesundheitssystem könnte jede Minute kollabieren. Dass es sich bei genauer Betrachtung hier um „Fake News“ handelt, geht meist unter. Fakt ist: Unser Sozialsystem ist ein Erfolgsmodell – statt es ständig krankzujammern, sollte man seine Schwachstellen korrigieren und es weiter ausbauen, denn nur soziale Sicherheit garantiert auch wirtschaftliche Stabilität.

Alexa Jirez, Chefredakteurin
Ihre Meinung interessiert uns:
soli@oegb.at



**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP



Demmer, Merfeldt & Bergmann

MEHR ZUKUNFT

Mehr Leben, weniger Sorgen! Österreich kann rundum optimistisch in die Zukunft schauen.
Denn mit der Wiener Städtischen gibt es einen verlässlichen Partner für alle Lebenslagen.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

Viele manipulierte Lkw unterwegs

Gewerkschaft vida fordert eigene Behörde für bessere Kontrollen und höhere Strafen.



© ÖGB Burgenland

Europäischen Lkw-Unfallberichten zufolge werden immer mehr Lkw-Unfälle durch Manipulation der EU-Kontrollgeräte bzw. durch die ebenfalls manipulierten Sicherheitseinrichtungen der Lkw hervorgerufen. Bei der Veranstaltung der Gewerkschaft vida „Spiel mit dem Tod auf unseren Straßen“ wurden bei Demonstrationsfahrten die Auswirkungen solcher Manipulationen auf den Straßenverkehr sichtbar gemacht. „Ist beispielsweise das digitale Kontrollgerät im Lkw abgeschaltet, um gesetzliche Lenk- und Ruhezeiten zu umgehen, steht die Tachonadel auf null. FahrerInnen sehen dann nicht einmal mehr, wie schnell

sie fahren. Schläft jemand am Steuer ein, kann ihn und andere VerkehrsteilnehmerInnen der Notbremsassistent, der Hindernisse erkennt und automatisch abbremst, nicht mehr vor Zusammenstößen retten“, erklärt vida Burgenland-Landesgeschäftsführer Ernst Gruber die Auswirkungen.

Behörde, die alles kontrolliert

Die VeranstaltungsteilnehmerInnen hatten ein gemeinsames Ziel: die Verantwortlichen zum Handeln zu bewegen. Die vida fordert eine eigene Behörde, die rein auf Lkw-Kontrollen spezialisiert sein müsse. Eine solche

brauche die bestmögliche personelle und technische Ausstattung, außerdem müssten hier alle Daten zusammenlaufen, um auch das Nichteinhalten von Ruhezeiten oder Verstöße gegen das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz besser ahnden zu können.

Höhere Strafen

Bei der Hebung der Sicherheit setzt die Gewerkschaft auch auf höhere Strafen für schwarze Schafe in der Branche. „Lkw-Manipulationen dürfen künftig für die Unternehmer nicht mehr einfach aus der Portokasse zu begleichen sein“, fordert Gruber und fügt hinzu: „Verbrechen darf sich nicht lohnen.“ Dabei verweist er auf die Niederlande und einzelne deutsche Bundesländer, wo man bereits eine härtere Gangart eingeschlagen habe. Hier würden Strafen auch die Abschöpfung der durch Gesetzesbruch erworbenen wirtschaftlichen Vorteile beinhalten. „Ist der Betrug nachweisbar, könnten Strafen auch bis in die Hunderttausende oder Millionen Euro reichen“, so Gruber.

KOMMENTAR /// Erich Mauersics, Landesvorsitzender ÖGB Burgenland

NEHMEN WIR UNS DIE ZEIT!



© ÖGB Burgenland

Am 15. Oktober ist Nationalratswahl. Bei dieser Wahl wählen wir unsere VertreterInnen im österreichischen Parlament, die in den kommenden fünf Jahren Politik machen bzw. Gesetze beschließen werden. In welche Richtung diese Politik geht, entscheiden wir mit unserer Stimme.

Als GewerkschafterInnen kämpfen wir für eine faire ArbeitnehmerInnenpolitik und

sozialstaatliche Umverteilung. Wir treten für gerechte Löhne und Gehälter ein und weisen auf Ungerechtigkeiten – etwa im Steuersystem – hin. Österreich ist eines der reichsten Länder der EU. Trotzdem gibt es eine Schieflage – Reiche werden immer reicher, Arme immer ärmer.

Wir entscheiden am 15. Oktober, wie die Weichen für Österreichs Zukunft gestellt werden. Als ArbeitnehmerInnen müssen wir uns ganz genau anschauen, wem wir unsere Stimme geben. Es ist wichtig, die Parteien einem genauen Faktencheck zu

unterziehen. Nur so können wir herausfinden, wer Politik für uns ArbeitnehmerInnen macht. Nehmen wir uns die Zeit und informieren wir uns genau, was uns in den Wahlprogrammen verkauft wird bzw. welche Pläne die einzelnen Parteien mit unserem Land haben. Informationen darüber gibt es auf den Websites der einzelnen Parteien. Zusammengefasst gibt es die wichtigsten Fragen und Antworten aber auch in der August-Ausgabe der „Solidarität“. Ich glaube, es lohnt sich, diesmal genauer hinzuschauen. Denn nach dem 15. Oktober ist es vielleicht zu spät.



Die Sprecherin auf einer Frauenkundgebung ist Gewerkschafterin Anna Boschek.



Erste Parlamentarierinnen in der Konstituierenden Nationalversammlung 1919, Quelle: VGA



16. Februar 1919: Eröffnung der Nationalversammlung im Parlament.

© Zprac

VOM FRAUENWAHLRECHT ZUM GENDER PAY GAP

Nach jahrzehntelangem Kampf, vielen Demonstrationen und Streiks wurde im Herbst 1918 in Österreich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle StaatsbürgerInnen ohne Unterschied des Geschlechts eingeführt. Bei der Wahl zur österreichischen Nationalversammlung am 16. Februar 1919 waren Frauen damit erstmals aktiv und passiv wahlberechtigt. Und die ersten acht weiblichen Abgeordneten, darunter die Gewerkschaftssekretärin Anna Boschek, zogen in den Nationalrat ein.

Die Erfolge der 1970er-Jahre

In den 1970er-Jahren konnte die österreichische Frauenbewegung bedeutende Erfolge erzielen, etwa die Gleich-

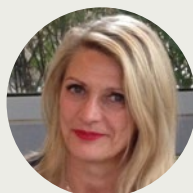
stellung von unehe-lichen mit ehelichen Kindern und die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs bis zum dritten Monat. Frauen erkämpften aber auch die Rechte, ohne Zustimmung des Mannes arbeiten, über Wohnsitz und Kindererziehung mitentscheiden und den Familiennamen wählen zu dürfen. 1978 wurde schließlich auch die Scheidung erleichtert.

Der Kampf muss weitergehen

Einige der heute selbstverständlichen Frauenrechte wurden vor nicht allzu langer Zeit erkämpft. So ist die Vergewaltigung in der Ehe oder Lebensgemeinschaft erst seit 1989 strafbar,

Diskriminierung sowie sexuelle und allgemeine Belästigung am Arbeitsplatz erst seit 1993. Diskriminierung und Ungleichbehandlung gibt es aber auch heute noch: Im Schnitt verdienen Frauen in Österreich um 21,7 Prozent weniger als Männer, erhalten 40 Prozent weniger Pension, sind stärker von Armut betroffen, verrichten einen Großteil der nicht bezahlten Arbeit und stoßen auf dem Weg zu Führungspositionen auf die berühmte gläserne Decke. Deshalb fordert die ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl zu Recht: „Aus Respekt vor den Taten unserer Vorkämpferinnen dürfen wir nicht stillhalten, wenn es darum geht, Frauen zu ihren Rechten zu verhelfen“.

UMFRAGE: WARUM IST ES WICHTIG, WÄHLEN ZU GEHEN?



Heidemarie
(Account Coordinator)

Wenn Frauen in der Politik ernst genommen werden wollen und sehen wollen, dass ihre Anliegen umgesetzt werden, müssen auch sie die Politik ernst nehmen. Voraussetzung dafür ist, dass sie sich mit den entsprechenden Themen auseinandersetzen, mit anderen Frauen reden und dabei herausfinden, wer ihre Interessen am besten vertritt. Aber ohne seinen Wahlwillen bei der Wahlurne zu vertreten, wird das auch nicht helfen.



Lisa, Studentin
(Umwelt- & Bio-Ressourcen Management)

Ich gehe wählen, weil das ein wichtiger Teil unserer Demokratie ist und für uns Frauen nicht immer selbstverständlich war. Wir haben zwar alle nur eine Stimme, die wir abgeben können, dennoch denke ich, dass jede abgegebene Stimme ihre Berechtigung hat und etwas über unsere Politik aussagt. Dass das Ergebnis am Ende des Tages nicht das erhoffte ist, kann immer sein. Allerdings gehe ich lieber mit dem Wissen schlafen, dass ich mitgewirkt habe und unsere politische Zukunft nicht anderen überlassen habe.



Christina, Studentin
(Soziologie & Psychologie)

Viele Menschen vergessen leider immer wieder, dass es noch gar nicht so lange her ist, dass Frauen wählen dürfen. Erst seit 1918 wurde diese Türe in Österreich geöffnet, und gerade deshalb sollten alle Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Heutzutage ist das Frauenwahlrecht in unserer Kultur eine Selbstverständlichkeit, die aber vielen anderen Frauen auf der Welt immer noch verwehrt bleibt. Aus Respekt und mehr noch als ein klares Statement sollte jede Frau wählen gehen.

Mindestlohn: Eine Frage der Fairness

Dank erfolgreicher gewerkschaftlicher VerhandlerInnen bekommen immer mehr Beschäftigte über 1.500 Euro brutto.

DER MINDESTLOHN von 1.500 Euro brutto soll bis spätestens 2020 für alle ArbeitnehmerInnen Realität sein. Das verkündeten die Sozialpartner-Präsidenten Ende Juni in einer Pressekonferenz. In den Monaten davor wurde öffentlich heftig darüber diskutiert: über den Sinn, die Zahl der Menschen, die noch weniger als 1.500 Euro verdienen.

Gleichzeitig wurde fast täglich im Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen von den GewerkschaftsvertreterInnen in den verschiedensten Branchen um die 1.500 Euro in

untersten Gehalts- und Lohngruppen gekämpft. Mit durchaus beachtlichem Erfolg. Innerhalb weniger Monate gelang es, in immer mehr Branchen das Thema abzuhaken und sich dem neuen Ziel der Gewerkschaften – 1.700 Euro brutto monatlich – zuzuwenden.

Konstruktivität und Verweigerung

1.584 Euro gelten beispielsweise seit 1. März in der Tabakwarenindustrie, genau 1.500 Euro in der Stein- und keramischen Industrie oder 1.503,48 Euro in der Glasbe- und -verarbeitungsindustrie. In anderen Branchen

weigerten sich die Arbeitgeber strikt zu verhandeln. Daher liegt das Mindesteinkommen beispielsweise für FloristInnen und BlumeneinzelhändlerInnen seit 1. Februar bei erst 1.181 Euro. In der Gewürzindustrie konnte das Ziel beinahe erreicht werden. Seit 1. Februar sind es 1.474,13 Euro.

In der großen Branche Hotel und Gastgewerbe werden alle Beschäftigten ab 1. Mai 2018 mindestens 1.500 Euro verdienen. Seit 1. Mai dieses Jahres sind es 1.460 Euro. Bei den FriseurInnen wird es am 1. Dezember 2020 so weit sein. Seit 1. Mai 2017 sind es 1.228 Euro.

Weitere Beispiele des Erfolgs

Branche	gilt ab	niedrigste KV-Gruppe
Arztangestellte NÖ	01.04.2017	1.500 Euro
Papierverarbeitende Industrie / Arbeiter	01.03.2017	1.592,59 Euro
Speditions- und Lagereibetriebe	01.04.2017	1.500 Euro
Fruchtsaftindustrie	01.02.2017	1.584 Euro
Kaffeemittelindustrie	01.03.2017	1.538,70 Euro
AssistentInnen bei Rechtsanwälten in Wien	01.10.2017	1.500 Euro
Privatkrankenanstalten	01.06.2017	1.500 Euro

Unter 1.500 Euro		
Papierverarbeitendes Gewerbe	01.04.2017	1.386,67 Euro
Gewürzindustrie	01.02.2017	1.474,13 Euro
Geflügelindustrie	01.03.2017	1.432,50 Euro
Gutsbetriebe KTN	01.05.2017	1.400 Euro
Konditoren OÖ	01.02.2017	1.205 Euro

Übergang zu 1.500 Euro fixiert		
Hotel und Gastgewerbe	01.05.2018	1.460 Euro
FriseurInnen	01.12.2020	1.228 Euro
Textilindustrie Tirol	01.12.2018	1.325 Euro



DIE HERBSTLOHNRUNDE ist gestartet: Das Verhandlungsteam mit Rainer Wimmer (PRO-GE) und Karl Dürtscher (GPA-djp) an der Spitze übergab den Arbeitgebern am 20. September 2017 die Forderungen. Konkrete Zahlen wurden noch nicht genannt. So sollen auch die

Zulagen und Aufwandsentschädigungen erhöht werden. Die Lehrlingsentschädigungen sollen als Prozentsatz des Facharbeitereinkommens definiert werden. Das würde eine Erhöhung um 240 Euro monatlich für das erste Lehrjahr mit sich bringen.

KAMPAGNE: INTERNATSKOSTEN WEG!

**DIE ÖSTERREICHISCHE GEWERKSCHAFTSJUGEND FORDERT:
„LEHRE ATTRAKTIVER MACHEN. LEHRLINGE ENTLASTEN.
WIRTSCHAFT FÖRDERN.“**

JEDES JAHR ZAHLEN LEHRLINGE bis zu zwei Lehrlingsentschädigungen für die Unterbringung im Internat, damit sie die Berufsschule besuchen können. „Das sind 800 bis 1.000 Euro im Jahr. In dieser Zeit sind viele Lehrlinge von ihren Eltern finanziell abhängig, obwohl sie voll im Arbeitsleben stehen. Diese versteckten Ausbildungskosten müssen weg“, fordert Sascha Ernstz, Vorsitzender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), und der steirische ÖGJ-Vorsitzende Manuel Trausenegger fügt hinzu: „Auch Lehrlinge brauchen ihr Einkommen für laufende Ausgaben wie Essen, Kleidung oder Miete. In den Berufsschulmonaten kommt man da kaum über die Runden.“ Wenn diese Kosten wegfallen, wäre das nicht nur für die Lehrlinge eine Erleichterung, sondern auch für viele Ausbildungsbetriebe. Derzeit bezahlen 41 Prozent der



© ÖGJ/Thomas Reimer

Betriebe die gesamten Ausbildungskosten, 11 Prozent zumindest einen Teil.

Die ÖGJ hat daher jetzt die Kampagne „Internatskosten weg!“, die von vielen Betrieben, aber auch von Bundesminister Alois Stöger (SPÖ) unterstützt wird, gestartet. „Wir möchten, dass die Politik einen Weg findet, um Lehrlinge und Betriebe zu entlasten und die Lehre attraktiver zu machen. Das wäre ein sinnvoller Schritt“, erklären Ernstz und Trausenegger. Denn: Die Lehrlinge von heute sind die FacharbeiterInnen von morgen. Während der Berufsschulen sollen sie sich nicht um Finanzielles sorgen müssen, sondern nur um die schulische Leistung.

Online-Petition unterzeichnen: www.internatskosten.at



ÜBERGRIFFE IM NETZ

**PROJEKT GEGEN GEWALT
AN FRAUEN UND MÄDCHEN.**

Frauen sind besonders häufig von Hass im Netz betroffen. Frauenministerin Pamela Rendi-Wagner (SPÖ) und Staatssekretärin Muna Duzdar haben daher ein Projekt gestartet, das Frauenberatungsstellen dabei unterstützen soll, gegen diese Form von Gewalt vorzugehen. Erstellt werden sollen ein „Tool“ mit Hintergrundwissen und Leitfäden für den Umgang mit Netz-Gewalt. 2018 sollen dann Seminare für die BeraterInnen folgen. Mehr Infos : <http://bit.ly/2wWdoh5>



STUDIE ZU BILDUNG

**GROSSER UNTERSCHIED
ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN.**

Nicht nur die einzelnen Menschen, auch der Staat profitiert von höherer Bildung der BürgerInnen, wie die kürzlich veröffentlichte OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ zeigt. Der Staat Österreich bekommt aus seinen Investitionen, die den Abschluss eines Mannes im Universitäts- und Fachhochschulbereich ermöglichen, unterm Strich 200.100 US-Dollar (kaufkraftbereinigt) zurück, für den Abschluss einer Frau allerdings nur 80.500 Dollar.



SOZIALDUMPING

**SERVICE- UND BERATUNGSSTELLE
IN SPIELFELD ERÖFFNET.**

Lohn- und Sozialdumping ist am Bau nach wie vor ein Problem. Die steirischen Grenzregionen sind davon massiv betroffen, wenn Firmen aus Slowenien mit ihren Arbeitern auf steirischen Baustellen zum Einsatz kommen. Deshalb eröffnen das Land Steiermark und die Gewerkschaft Bau-Holz eine Beratungsstelle in Spielfeld. Ziel ist es, Arbeiter aus Slowenien über ihre Ansprüche in ihrer Muttersprache zu beraten und zu informieren. <http://bit.ly/2x0yvPq>

Arbeit weniger besteuern

In wenigen Tagen wird gewählt: Die „Solidarität“ hat daher mit dem niederösterreichischen ÖGB-Vorsitzenden und AK-Präsidenten Markus Wieser ausführlich über das Thema Digitalisierung, die uns in den kommenden Jahren massiv beschäftigen wird, gesprochen.

Solidarität: *Derzeit geistert ein Gespenst in den Köpfen der Menschen herum: Werden uns Roboter bald die Arbeit wegnehmen?*

Markus Wieser: Überall, wo ich hinkomme, ist das ein Riesenthema. Die Menschen fragen sich, ob sie mit ihrer Qualifikation mithalten können und ob für sie in ihrem Alter eine Weiterbildung noch Sinn macht. Und natürlich sorgen sie sich um ihre Pensionshöhe, wenn sie am Ende nicht mehr mithalten können.

Wie kann man ihnen die Angst nehmen?

Wieser: Zuerst muss man sagen: Ja, es wird so sein, dass sehr viel Neues entsteht. Das kann man nicht wegdiskutieren und auch nicht aufhalten. Die Veränderungen beginnen auch nicht morgen, sie finden bereits statt. Bei dieser Entwicklung ist es wichtig, dass man wirklich alle mitnimmt, niemand darf zurückgelassen werden. Man muss für alle Jobs bereitstellen, und wenn das nicht geht, eine soziale Absicherung.

Welche Berufsgruppen werden auch in Zukunft gebraucht?

Wieser: Nehmen wir als Beispiel den Bereich Sanitär, Installation oder Elektrik: Natürlich wird es hier neue Geräte geben, aber den/die HandwerkerIn werden wir brauchen. Auch in der Industrie werden die Roboter nicht alle Arbeitsplätze wegrationalisieren. Es wird Bereiche geben, wo sogar mehr Arbeitskräfte gebraucht werden. Das heißt, ich habe Roboter im Einsatz und kann sogar zwei, drei ArbeitnehmerInnen mehr einsetzen.

Was ist die Branche mit den größten Zukunftschancen?

Wieser: Wenn ein Kind heute auf die Welt kommt, wird es im Schnitt über hundert Jahre alt. Hinzu kommt, dass wir mehr Menschen sein werden. Das heißt, es sind mehr Menschen länger da. Der Zeitraum wird größer werden, in dem man etwa Pflege braucht. Der Bereich Gesundheit und Pflege wird exorbitant zunehmen. Da werden Arbeitskräfte enorm gefragt sein.

Pflegekräfte sind bereits jetzt gefragt, der Job ist aber unattraktiv ...

Wieser: Darum müssen wir schauen, dass hier nicht die Arbeitszeitverdichtung und der Druck zunehmen, sondern vernünftige Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Denn der Beruf ist schön, wenn die Rahmenbedingungen passen und man ein Lächeln in die Gesichter der alten Menschen zaubern kann.

Wie soll man das finanzieren?

Wieser: Es funktioniert nicht, dass die Abgabenlast der Finanzierung nur am Faktor Arbeit liegt. Jede/r ArbeitnehmerIn zahlt schon jetzt 40 bis 46 Prozent Abgaben. Auch die Umsatzsteuer müssen die KonsumentInnen zahlen.

Also, wer soll bezahlen?

Wieser: Wenn jede/r die Steuern bezahlen würde, die sie/er zahlen muss, wäre das Problem schon kleiner. Was an Lohnsteuer ausständig ist, was an Sozialversicherungsbeiträgen nicht gezahlt wird: Da hätten wir schon einen großen Brocken. Dann kommen jene dazu, die Lohnsteuer mit Tricks verlagern. Und jene, die aufgrund der Automatisierung eine Wertschöpfung haben, weil sie weniger Beschäftigte brauchen – die sollen höhere Abgaben zahlen.

Heißt das Maschinensteuer?

Wieser: Nein, Wertschöpfungssteuer. Wenn ein Unternehmen mit 300 Arbeitsplätzen 36 Millionen Euro erwirtschaftet, hätte ich gerne, dass dieses Unternehmen weniger Abgaben zahlt, weil es Arbeit schafft. Ein anderes, das genauso 36 Millionen mit fünf Leuten erwirtschaftet, kann natürlich mehr beitragen.



Markus Wieser,
ÖGB-Vorsitzender
und AK-Präsident
in Niederösterreich,
fordert eine Wert-
schöpfungssteuer.

© Klaus Vymalek

Eine Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmen würde bedeuten, dass zunächst einmal die ArbeitnehmerInnen weniger Einkommen bekommen.



© Christian Vorhofer / imageBROKER / picturedesk.com

Wettbewerbsstarke Länder haben höhere Arbeitskosten

Lohnnebenkosten in Österreich nur leicht über EU-Schnitt.

DIE LOHNNEBENKOSTEN liegen in Österreich im EU-Vergleich ebenso im oberen Drittel wie die Arbeitskosten pro Stunde inklusive aller Nebenkosten. Berücksichtigt man allerdings die überdurchschnittliche Produktivität der heimischen Wirtschaft, dann ergeben sich Kosten je produzierter Wareneinheit (Lohnstückkosten), die im EU-Mittelfeld liegen, zeigt eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) im Auftrag der Sozialpartner.

Was kostet die Arbeitsstunde?

Die Kosten je Arbeitsstunde inklusive aller Lohnnebenkosten liegen in Österreich bei 35 Euro und damit auf vergleichbarem Niveau wie in den Niederlanden (34,9 Euro). Teurer kommt die Arbeitsstunde in Finnland, Frankreich, Deutschland, Schweden Dänemark und Spitzenreiter Belgien: Dort kostete die Stunde im Jahr 2015 43,3 Euro. „Gerade wettbewerbsstarke Länder haben noch höhere Arbeitskosten als Österreich“, vermerkt dazu Josef Wöss, Leiter der Abteilung

Sozialpolitik in der AK Wien. „Hohe Kosten sind sehr relativ zu sehen“, so Wöss. Eine höhere Bezahlung führe auch zu mehr Motivation und damit höherer Produktivität, wie aber auch im Gegenzug die höhere Produktivität eine höhere Bezahlung ermögliche.

Die Studie untersucht auch die Lohnnebenkosten in den EU-Ländern. Sie werden als „indirekte Kosten“ definiert, also alle Zahlungen der Arbeitgeber, die nicht im Monatslohn inklusive Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld enthalten sind. Insbesondere sind das Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Lohnsummensteuern und Weiterbildung.

Lohnnebenkosten im EU-Vergleich

Die Lohnnebenkosten machen in Österreich 26,2 Prozent der gesamten Arbeitskosten aus. Das liegt leicht über dem EU-Schnitt von 24 Prozent. Spitzenreiter sind Schweden und Frankreich, wo die Lohnnebenkosten rund ein Drittel der gesamten Arbeitskosten ausmachen.

Bei den für die internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden Lohnstückkosten liegt Schweden aber um etwa 20 Prozent unter Österreich. Produktivität, aber auch Infrastruktur oder Energieversorgung entscheiden über die Wettbewerbsfähigkeit, so Wöss.

Auch in Österreichs Nachbarland Tschechien machen die Lohnnebenkosten einen höheren Anteil der Gesamtkosten aus (27,3 Prozent). Die Arbeitskosten je Stunde liegen mit 9,8 Euro in Tschechien aber bei weniger als einem Drittel des österreichischen Werts. Bei den Lohnstückkosten liegt Tschechien dann zwar noch unter Österreich, aber nur mehr um etwas mehr als 10 Prozent.

Deutschland liegt bei den Lohnnebenkosten mit 22,4 Prozent unter Österreich, bei den Lohnstückkosten aber um gut zehn Prozent über Österreich. In der Hälfte der EU-Länder ist der Anteil der Lohnnebenkosten seit dem Jahr 2000 gefallen, auch in Österreich gab es einen Rückgang um 0,9 Prozentpunkte.

EINFÜHLUNGS- VERMÖGEN



BERUF(UNG): RADIOLOGIETECHNOLOGE

Menschliches Einfühlungsvermögen, technisches Verständnis, Kommunikationsfähigkeit sowie räumliches Vorstellungsvermögen nennt Lucas Herzog als die wichtigsten Voraussetzungen für den Beruf des/der Radiologietechnologen/-technologin. Er arbeitet am Landeskrankenhaus Baden und „wechselt“ beispielsweise bei der Computertomografie ständig zwischen Mensch und Technik. „Bei der Vorbereitung auf die eigentliche Untersuchung geht es darum, auf die PatientInnen einzugehen, ihnen zuzuhören und manchmal auch, sie zu beruhigen“, erzählt Herzog. Viele der PatientInnen warten darauf, endlich Klarheit über ihre Beschwerden zu bekommen. Herzog: „Wir versuchen daher, die Wartezeiten ganz kurz zu halten und die Untersuchung selbst reibungslos durchzuführen.“

Gleich danach geht's sprichwörtlich in die Technikwelt vor dem Behandlungsraum. Auf den Bildschirmen erscheint der Patient in einer Art Grafik, dreidimensional. In dieser Phase der Untersuchung bestimmt die Software und liefert Ergebnisse, die für das weitere Leben der PatientInnen entscheidend sein können.

Die eigentliche Diagnose als Grundlage für die Therapie ist Aufgabe der ÄrztInnen. Herzog: „Ich muss daher immer mit den ÄrztInnen, den KollegInnen aus der Pflege und den PatientInnen kommunizieren.“ Die Ausbildung erfolgt in einem dreijährigen Studium an einer Fachhochschule mit Bachelorabschluss. Nach dem Studium spezialisiert man sich dann auf Röntgen, Computertomografie oder Magnetresonanztomografie. Dies sind aber nur einige von mehreren Bereichen, die es gibt.

ST. MARTINS THERME: GERICHTSURTEIL WIRD INFRAGE GESTELLT

BEREITS ZUM DRITTEN MAL wurde die ArbeiterInnenbetriebsratswahl in der St. Martins Therme infrage gestellt. Beim ersten Mal einigte man sich auf eine Neuwahl. Nachdem auch diese von der Liste 1 „Lentsch/Tesarek“ und nicht von der von der Firma bevorzugten Liste 2 „Gartner/Bierbaum“ gewonnen wurde, wurde die Wahl wieder angefochten. Das Arbeits- und Sozialgericht in Eisenstadt wies diese Klage ab. Auch gegen dieses Urteil wurde Einspruch erhoben. „Eine Wahl so lange zu beeinspruchen, bis man selbst als Gewinner hervorgeht, ist ein Kasperltheater. In der Zwischenzeit hätte man produktiv für die KollegInnen arbeiten können“,

so Erich Mauersics, Landesvorsitzender des ÖGB Burgenland. Möglicher Grund für das „Einspruchsspektakel“: Der Spitzenkandidat der Liste 1 wies darauf hin, dass die MasseurInnen der Therme falsch eingestuft wurden, und kritisierte, dass es in einem geförderten Leitbetrieb nicht unbedingt fallweise Beschäftigung mit billigen Arbeitskräften aus dem benachbarten Ausland geben sollte. „Dass versucht wird, Arbeitnehmervertretungen mit allen Mitteln zu verhindern, ist für uns nichts Neues, aber dass so etwas in einem Betrieb der Vamed-Unternehmensgruppe passiert, ist für uns neu“, gibt Mauersics zu bedenken.

GEWERKSCHAFTSSCHULE STARTET

13 GEWERKSCHAFTSSCHÜLERINNEN der Gewerkschaftsschule Burgenland haben ihre Ausbildung im September erfolgreich beendet. Zwei Jahre lang trafen sie sich einmal pro Woche, um sich in Arbeits- und Sozialrecht oder Betriebswirtschaft zu bilden. Die Wochenendseminare nutzten sie zur Persönlichkeitsentwicklung. Sie lernten

die Institutionen der EU kennen und setzten sich im Abschlussprojekt mit dem Thema „Zukunft der Arbeit“ auseinander. Im neuen Schuljahr starten neue Lehrgänge in den Gewerkschaftsschulen Eisenstadt-Mattersburg und Oberwart. Die Ausbildung ist kostenlos und kann von ÖGB-Mitgliedern besucht werden. Info: www.voegb.at/burgenland

NEUES TEAM IN DER PRO-GE BURGENLAND



Lilla Hajdu, Anton Wesselich, Andreas Horvath und Markus Melichar (v. l. n. r.)

NACH 39 JAHREN tritt PRO-GE-Landessekretär Anton Wesselich in den Ruhestand. Ihm folgt der Südburgenländer Andreas Horvath nach. Er hat sich ein

junges, dynamisches Team zusammengestellt. „Wir wollen ein verlässlicher und kompetenter Partner für die ArbeitnehmerInnen sein. Gemeinsam mit meinem Team werden wir in arbeitsrechtlichen Fragen beraten, Betriebsratskörperschaften betreuen und Kollektivvertragsverhandlungen führen“, erklärt der neue PRO-GE-Landessekretär Andreas Horvath. Die Juristin Lilla Hajdu ist Arbeitsrechtsexpertin und berät auch in ungarischer Sprache. Markus Melichar wird künftig die Betriebe in den Bezirken Mattersburg und Oberpullendorf betreuen und sich um den Bildungsbereich der PRO-GE Burgenland kümmern.

BURGENLAND KOMPAKT

Neues Bildungsprogramm

Das neue Bildungsprogramm von ÖGB und Arbeiterkammer Burgenland bietet Basisbildung, Schulungen in den Bereichen Arbeits- und Sozialrecht, Gesundheit, Persönlichkeitsbildung und eine Reihe von Diskussionsangeboten. Gemeinsamer Nenner aller Angebote ist die Stärkung des politischen Engagements im Sinne der Vertretung der ArbeitnehmerInnen und einer gerechten Gesellschaft. Für Interessierte sind das Bildungsprogramm und nähere Informationen zur Gewerkschaftsschule Burgenland im Internet unter <http://bit.ly/2wRYVmk> abrufbar.

Tag der offenen Tür

Im Zuge einer knapp einjährigen Umbauphase entstanden ein neuer gemeinsamer Informations- und Beratungsbereich, eine neue Bibliothek, ein neuer Festsaal, Schulungsräume sowie ein neuer Parkplatz für KundInnen und MitarbeiterInnen. Am Tag der offenen Tür stellen ÖGB und Arbeiterkammer (AK) diese neuen Räumlichkeiten vor. Neben der Besichtigung haben Interessierte die Möglichkeit, sich beim Infopoint über die Leistungen der AK, des ÖGB und seiner Fachgewerkschaften zu informieren.

Mittwoch, 25. Oktober 2017 ab 12 Uhr
ÖGB/AK-Haus, Eisenstadt, Wiener Straße 7

Arbeit & Leben

Anlässlich der Reihe „Arbeit & Leben“ laden der ÖGB und die Arbeiterkammer Burgenland zu zwei Veranstaltungen:

Arbeit & Chancengleichheit

Diese Veranstaltung findet anlässlich des Equal Pay Day statt und befasst sich mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie mit der Einkommensgerechtigkeit.

Dienstag, 10. Oktober 2017
18–19 Uhr, im Anschluss Raum für Gespräche und Austausch, Bauermühle, Mattersburg, Schubertstraße 53

Arbeit & Generation Y

In der Arbeitswelt ändern sich durch die Digitalisierung nicht nur die Rahmenbedingungen, es tritt auch eine neue Generation von ArbeitnehmerInnen auf den Arbeitsmarkt. Am Vormittag finden Fokusgruppen mit SchülerInnen statt, die ihre Anliegen zu den Themen Arbeit, Rahmenbedingungen und Entgelt erarbeiten. Die Ergebnisse werden von SchülerInnen präsentiert und im Anschluss diskutiert.

Donnerstag, 30. November 2017
ÖGB/AK-Haus, Eisenstadt, Wiener Straße 7

DAS ARBEITSZEUGNIS: TIPPS FÜR ARBEITNEHMERINNEN

Die Ausstellung eines Dienstzeugnisses am besten sofort nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses verlangen – in manchen Fällen gelten Verfallsfristen.

Wieso brauche ich ein Dienstzeugnis?

Dienstzeugnisse geben Arbeitgebern einen Überblick über die bisherigen beruflichen Erfahrungen der BewerberInnen und spielen daher eine große Rolle bei der Auswahl neuer MitarbeiterInnen.

Muss mein Ex-Chef mir ein Dienstzeugnis ausstellen?

ArbeitnehmerInnen haben einen Anspruch auf ein einfaches Dienstzeugnis, das Informationen wie Personaldaten, Arbeitgeber, Art der Tätigkeit sowie Beschäftigungsdauer enthält. Kein Anspruch besteht auf ein „qualifiziertes Dienstzeugnis“, das Angaben über die Qualität der Leistungen enthält.

Wann ist der richtige Zeitpunkt, ein Dienstzeugnis zu verlangen?

Am besten ist es, gleich nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses – ob freiwillig oder nicht – ein Dienstzeugnis zu verlangen. Auch wenn der Anspruch erst nach 30 Jahren

verjährt, gibt es immer wieder Arbeitsverträge, die einen Verfall von diesem Anspruch vorsehen, sofern dieser nicht in einer bestimmten Frist geltend gemacht wird. Wenn das der Fall ist, gibt es keine Möglichkeit, die Ausstellung rechtlich durchzusetzen.

Was muss ich machen, wenn sich mein ehemaliger Arbeitgeber weigert, eines auszustellen?

Weigert sich der Ex-Chef, ein Zeugnis auszustellen, sollte dieses schriftlich angefordert werden. Am besten mit einer Nachfrist von zum Beispiel zwei Wochen. Bleibt der Arbeitgeber auch in dieser Zeit untätig, kann der Anspruch vor dem Arbeits- und Sozialgericht geltend gemacht werden.

Was gilt es beim Dienstzeugnis noch zu beachten?

Generell sollten Arbeitszeugnisse MitarbeiterInnen in einem guten Licht darstellen. Daher dürfen Dienstzeugnisse keine Informationen enthalten, die es ihnen erschweren, einen neuen Job zu bekommen.



GEHEIM-CODES IM ARBEITSZEUGNIS RICHTIG LESEN

Noten von „Sehr gut“ bis „Ungenügend“

- ♦ **Sehr gut:** „stets zu unserer vollsten Zufriedenheit“, „war im höchsten Maße zuverlässig“, „stets hochmotiviert“
- ♦ **Gut:** „stets zu unserer vollen Zufriedenheit“, „arbeitete stets zuverlässig und gewissenhaft“, „zeigte stets Initiative, Fleiß und Ehrgeiz“
- ♦ entfällt in der Formulierung der Begriff „stets“, handelt es sich um ein **Befriedigend**, genauso wie bei „war verantwortungsbewusst“ oder „arbeitete gewissenhaft und zuverlässig“
- ♦ fehlt dazu noch der Begriff „voll“, so bedeutet das eine unterdurchschnittliche, aber ausreichende Leistung, also **Genügend:** „im Großen und Ganzen zu unserer Zufriedenheit erledigt“, „zeigte nach Anleitung Fleiß und Ehrgeiz“, „bemühte sich im Allgemeinen, den Anforderungen zu entsprechen“
- ♦ „bemühte sich, die ihm/ihr übertragenen Aufgaben zu unserer Zufriedenheit zu erledigen“, „war bestrebt, sich neuen Situationen anzupassen“ oder „war um eine zuverlässige Arbeitsweise bemüht“ spricht für eine völlig **ungenügende Leistung**

NEUE GEWERKSCHAFTSSCHULE IM WEINVIERTEL ERÖFFNET

Ein Beispiel für ausgeprägten Gemeinschaftssinn.



Schulungsprogramm ist anspruchsvoll, die vermittelten Inhalte decken alle für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen wichtigen Themen ab. Insgesamt besteht die zweijährige Ausbildung aus:

- ♦ 260 Unterrichtseinheiten in Form von Schulabenden und Wochenendseminaren
- ♦ 15 Lerneinheiten als Selbstlernphase
- ♦ 15 Lerneinheiten als Projektarbeit
- ♦ 15 Lerneinheiten als Wahlmodule aus den angebotenen Seminaren von VÖGB, AK, Gewerkschaften
- ♦ einem viertägigen Europa-Seminar

BEIM ERÖFFNUNGSABEND der neuen Gewerkschaftsschule für die Region Weinviertel Ost im September wurden die anwesenden TeilnehmerInnen von Regionalsekretär Stefan Istvanek begrüßt und durch den Abend geführt. Insgesamt 27 KollegInnen haben sich für die zweijährige Gewerkschaftsschule angemeldet. Einmal in der Woche, jeweils Mittwoch von 18.30 bis 21.30 Uhr, findet im Haus der AKNÖ Gänserndorf die Weiterbildung statt. Das

Diesen nicht geringen Aufwand betreiben die TeilnehmerInnen freiwillig für ihre Tätigkeit als ArbeitnehmervertreterInnen für die KollegInnen in ihren Betrieben. Ein großartiges Beispiel für einen ausgeprägten Gemeinschaftssinn.

KOMMENTAR /// Christian Farthofer,
ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

15. OKTOBER: ES STEHT VIEL AUF DEM SPIEL



In wenigen Tagen findet die Nationalratswahl statt und es steht tatsächlich für uns ArbeitnehmerInnen viel auf dem Spiel. Langsam können wir uns ein Bild über die verschiedenen Maßnahmen und Vorhaben machen, sie verheißen oft nichts Gutes. Gerade für ein Flächenbundesland wie Niederösterreich, in dem viel gependelt werden muss, sind zum Beispiel Ideen wie ein genereller 12-Stunden-Tag eine gefährliche Drohung. Für PendlerInnen kann das bedeuten, dass sie 14 Stunden und länger unterwegs sind. Da bleibt nicht mehr viel Zeit für Familie und Erholung.

Für mich ist das ein Szenario, dem wir nicht zustimmen können, vor allem dann nicht, wenn die Mehrarbeit nach der 8. Arbeitsstunde ohne Überstundenzuschläge geleistet werden soll. Hier wird leider ein neoliberaler Zeitgeist sichtbar, bei dem man nur noch davor warnen kann, nicht zu kurz darüber nachzudenken. Aber das ist bei Weitem nicht der einzige Angriff auf die PendlerInnen. Andere wiederum fordern unter dem Deckmantel der Ökologisierung des Steuerrechts eine empfindliche Erhöhung der Mineralölsteuer. Das würde zu einer massiven finanziellen Belastung führen, und es ist nicht absehbar, dass es dafür eine Kompensation gibt, da diese ja der „Ökologisierung“ zuwiderlaufen würde.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen. Aber sie zeigen deutlich auf, dass sowohl Einsparungen wie auch Belastungen liebend gerne auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen in diesem Land ausgetragen werden. Allein in Niederösterreich sind das rund 600.000 Menschen. In ein paar Tagen haben wir es in der Hand, mit einem Kreuz in der Wahlkabine unsere Rechte zu schützen.

FAMILIENFEST IN WR. NEUSTADT

Viel Spiel, Spaß und Action für die ganz Familie: Die Arbeiterkammer und der ÖGB Niederösterreich begrüßten mehr als 800 BesucherInnen beim Familienfest im Industrieviertel.

Vom Tret-Gokart-Rennen über ein Fußballturnier der NachwuchskickerInnen aus umliegenden Gemeinden bis hin zur Möglichkeit, sich an zahlreichen Infoständen von AK Niederösterreich, Fachgewerkschaften und PartnerInnen einen Überblick über die Leistungen zu verschaffen, war für alle Interessierten etwas dabei.

Im Rahmen eines großen Gewinnspiels übergab AK-Niederösterreich-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzender Markus Wieser attraktive Preise an Kinder und Eltern.



DER KREDIT, FÜR DEN SIE IHRE LIEBEN LIEBEN WERDEN.

**€ 285
GESCHENKT
FÜR SIE!**

KREDIT
BOX

BAWAG
PSK

Günstiger für alle: Die BAWAG P.S.K. Familienwochen.

Bis 31.10.2017 gibt's jetzt besondere Konditionen für Ihren Kredit. Und wenn Sie uns weiterempfehlen, auch für bis zu 5 Ihrer Lieben. Plus € 285,- geschenkt für Sie. Klappt auch online.

Mitten im Leben.

www.bawagpsk.com

**BAWAG
PSK**

Neukundenaktion für Konsumkredite, positive Bonitätsprüfung vorausgesetzt.
Nicht mit anderen Aktionen kombinierbar.

Toni Mörwald
 **PALAZZO**
 Die aufregende Dinner-Show im Spiegelpalast

Eckart Witzigmann
 **PALAZZO**
 Die aufregende Dinner-Show im Spiegelpalast

DINNER-SHOW

10 % ERMÄSSIGUNG MIT DER ÖGB-KARTENSTELLE (LOGE UND RANG)

„KINGS & QUEENS“ – NEUE SHOW
 PALAZZO Wien, mit Toni Mörwald
 19. November 2017 bis 11. März 2018

„Kings & Queens“. Herrschaftlich, schräg, romantisch und intrigant – die Show mit hochkarätigen artistischen Darbietungen präsentiert sich als kulinarische Komödie in drei Akten und vier Gängen. Das 4-Gang-Menü trägt erneut die Handschrift des Haubenkochs Toni Mörwald.

„UNIKATE“ – NEUE SHOW
 PALAZZO Graz, mit Eckart Witzigmann
 17. November 2017 bis 4. März 2018

Außergewöhnliches Essen gepaart mit erstklassiger Artistik, Musik und Comedy – diese Kombination macht einen Besuch im PALAZZO zu einem unvergesslichen Abend. Im Spiegelpalast Graz genießen Sie ein köstliches 4-Gang-Menü von Jahrhundertkoch Eckart Witzigmann.

KONTAKT ÖGB-KARTENSTELLE

<http://kartenstelle.oegb.at>
 Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi: 9 bis 16 Uhr;
 Do: 9 bis 18 Uhr; Fr: 9 bis 13 Uhr.
 Tel.: 01/534 44-39675, 39677, 39679,
 Adresse: Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
 E-Mail: ticketservice@oegb.at

Bei der Kartenbestellung bitte Ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft nachweisen.



PHISHING-MAILS

VORSICHT, INTERNET-BETRÜGERINNEN UNTERWEGS.

Wer seine E-Mails öffnet, ärgert sich oft über Nachrichten von DHL, A1 oder Banken. Auch wenn diese täuschend echt aussehen, stehen sie mit diesen Unternehmen nicht in Verbindung. Mit „Phishing-Mails“ versuchen BetrügerInnen, an persönliche Daten wie Name, Kontonummer oder PIN-Code zu kommen. Erst kürzlich wurde eine Bankkundin aufgefordert, ihre Online-Banking-Zugangscodes bekannt zu geben. Kurz darauf fehlten 1.616 Euro auf ihrem Konto. Wichtig ist daher, solche E-Mails zu ignorieren und gleich zu löschen. Denn Banken, Online-Shops und Versicherungen fragen niemals KundInnen Daten per E-Mail ab. Beispiele für „Phishing“ und Betrug im Internet:

<http://bit.ly/2wShG6m>
<http://bit.ly/2wcEINQ>



PREISVORTEIL

EXKLUSIVE ANGBOTE FÜR ÖGB-MITGLIEDER.

7,5 Prozent bei kika/Leiner, 10 Prozent auf stromsparende LEDs, 10 Prozent auf Brillen und Kontaktlinsen, 20 Prozent auf ausgewählte Veranstaltungen im Wiener Metropol und vieles mehr: Mit der ÖGB-Card erhalten Mitglieder tolle Angebote und profitieren von vielen Ermäßigungen auf verschiedene Einkaufs-, Kultur- und Bildungsangebote sowie auf Freizeitveranstaltungen und Urlaube. Einfach im Geschäft oder beim Check-in die Mitgliedskarte vorweisen.

Ein Überblick über die Angebote, die für alle Gewerkschaftsmitglieder gelten, bietet die ÖGB-Card-Vorteilsplattform. Hier kann man auch die Angebote nach Region filtern.

Mehr Informationen: preisvorteil.oegb.at

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG

DIE WIENER GEWERKSCHAFTSSCHULE FEIERT IHR 70-JÄHRIGES JUBILÄUM.

Eine neue Ausstellung des VÖGB (Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung) zeigt die Geschichte dieses erfolgreichen Lehrganges – von ihren Anfängen in der Ersten Republik über die Herausforderungen bei der Neugründung 1947 bis hin zu aktuellen Schwerpunkten. Ausstellungseröffnung: 17. Oktober, 17 Uhr
 Anmeldungen erforderlich: 01/534 44-39245 oder kultur@oegb.at
 Alle, die an diesem Tag keine Zeit haben, können die Ausstellung bis zum 22. Dezember 2017 bei freiem Eintritt im Foyer des ÖGB sehen (Mo–Fr: 7 bis 19 Uhr). Unter kultur@oegb.at können auch Führungen für Gruppen ab zehn Personen gebucht werden.

Inkl. 2x 7-Zonen Tonnentaschen-Federkernmatratzen

Inkl. Topper 180 x 200 cm



Inkl. Stauraum



1.499,-***

799,-

SIE SPAREN 46%

BOXSPRINGBETT „LINA“. Stoff grau. Liegefläche 180 x 200 cm. Box Bonell-Federkern. 2x 7-Zonen Tonnentaschen-Federkernmatratze. PU Topper 180 x 200 cm, Bezug waschbar. 2x Bettkasten mit Gasdruckfeder. B 188. H 68. T 212 cm. Statt 1.499,-*** 799,-. Beimöbel, Kissen und Tagesdecke gegen Aufpreis. (22560082, 22560206)

Gültig von 2.10. bis 2.12.2017/AT6795. Gültig in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern. Solange der Vorrat reicht. Stappreise *** sind unverb. Hersteller-Preiseempf. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. Symbolfoto.

www.kika.at | www.Leiner.at



MITGLIEDERRABATT

7,5%¹⁾

AUF IHREN EINKAUF

Ausgenommen alle Werbe- und Aktionsartikel aus unseren aktuellen Prospekten.

1) Gültig bis 31.12.2017 in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern in Österreich. Vom bisherigen Verkaufspreis. Gilt nur für Neuaufträge und ist nicht mit anderen Aktionen kumulierbar. Ausgenommen Werbe- und Aktionsware, bereits reduzierte Ware, Warengutscheine, Serviceleistungen, Bücher, Elektrogeräte/ Zubehör und Lebensmittel. Der Vorweis der ÖGB-Card bzw. der Gewerkschaften ist unbedingt vor dem Verkaufsgespräch dem Einrichtungsberater vorzulegen. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler.

RESTAURANT Täglich frisch gekocht! GUTSCHEIN GÜLTIG VON 2.10. BIS 2.12.2017 Leiner



statt 5,30* 2,90

PENNE BOLOGNESE al dente gekochte Penne mit Fleischsauce Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei Leiner Krems.

RESTAURANT Täglich frisch gekocht! GUTSCHEIN GÜLTIG VON 2.10. BIS 2.12.2017 kika



statt 4,90* 2,90

SCHNITZEL „WIENER ART“ vom Huhn oder Schwein mit Pommes frites Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei kika Wolfsberg.



Karfiol, gebraten, knackig und nussig statt weich gekocht

von Florian Kräffner

Zutaten (für 4–6 Portionen)

- ◆ 1 Karfiol
- ◆ Olivenöl
- ◆ 2 Tomaten
- ◆ 1 Zehe Knoblauch
- ◆ 1 flacher Teelöffel Kreuzkümmel, gemahlen
- ◆ 1 flacher Teelöffel Kurkuma, gemahlen
- ◆ Petersilie
- ◆ Salz, Pfeffer
- ◆ Zitronensaft
- ◆ Evtl. Haselnüsse
- ◆ Evtl. Maroni, gekocht oder gebraten



© Florian Kräffner, Ill.: Isabelle Carhoun

Der Oktober ist eine gute Gelegenheit, noch einmal frisches Obst und Gemüse zu besorgen, bevor der Winter kommt. Ein Blick in den Saisonkalender (z. B. <https://goo.gl/Xg1xU8>) zeigt, was aktuell von den heimischen Feldern zu holen ist. Im Oktober zum Beispiel Karfiol. Der hat wenige Kalorien, macht aber wegen der Ballaststoffe lang satt. Er ist leichter verträglich als seine Kohl-Verwandten. Den letzten Rest von penetrantem Kohlgeruch treibt man ihm aus, wenn man ihn nicht kocht, sondern scharf anbrät. So kommen nussig-

ge Röstaromen zum Vorschein. Passt zu Haselnüssen oder Maroni. Karfiol in Röschen zerteilen. In einer Pfanne Olivenöl erhitzen. Karfiol anbraten. Tomaten klein schneiden, Knoblauch fein hacken. Wenn der Karfiol Farbe bekommen hat, mit Kreuzkümmel und Kurkuma würzen, Knoblauch dazugeben. Kurz durchrühren, Tomaten drei Minuten mitbraten. Jetzt ist der Karfiol noch sehr knackig; wer ihn lieber weicher möchte, gießt ein bisschen Wasser auf und lässt ihn weiterdünsten. Wenn die gewünschte Bissfestig-

keit erreicht ist, mit Salz und Pfeffer abschmecken, mit Petersilienblättern, Olivenöl und einem Spritzer Zitronensaft anrichten. Eventuell mit gerösteten gehackten Haselnüssen oder mit Maroni servieren.

Arbeitsplatz-Tipp: PuristInnen sollten jetzt bitte nicht weiterlesen. Mangels anderer Kochstellen funktioniert das Rezept sogar im Mikrowellenherd ganz passabel. Einfach alle Zutaten (bis auf die Zitrone) vermischen, und ab in die Mikrowelle.

400 SEITEN RASANTER ABSTIEG DURCH DIE FRANZÖSISCHE GESELLSCHAFT



„Vernon war von zwanzig bis fünfundvierzig Plattenverkäufer gewesen. Auf seinem Gebiet waren Stellenangebote noch seltener, als wenn er im Kohlebergbau gearbeitet hätte.“ Als dann auch noch ein zum Rockstar gewordener Jugendfreund stirbt, der ihm zwei Jahre lang die Miete bezahlt hat, fliegt Vernon aus seiner Wohnung. Mit Hilfe seiner Facebook-Freundesliste sucht er Unterschlupf, unter dem Vorwand, eben erst von einem längeren Kanada-Aufenthalt zurückgekehrt zu sein. Das nimmt ihm zwar

niemand ab, aber aus unterschiedlich eigennützigen Beweggründen lassen sie ihn für ein paar Nächte bei sich wohnen: Die reiche, aber einsame Erbin; der erfolgreiche Drehbuchautor und Neurechte; der seine Frau prügelnde Trinker aus der Banlieue. Erzählt aus den Perspektiven einer selbstbewussten Ob-

»DAS LEBEN IST OFT EIN SPIEL IN ZWEI SÄTZEN: IM ERSTEN SCHLÄFERT ES DICH EIN UND LÄSST DICH GLAUBEN, DASS DU FÜHRST, UND IM ZWEITEN, WENN DU ENTSPANNT UND WEHRLOS BIST, SERVIERT ES DIR SEINE SCHMETTERBÄLLE UND MACHT DICH ALLE.«

dachlosen, eines Transsexuellen, einer Ex-Porno-Queen, eines zwielichtigen Filmproduzenten, einer um den vor Jahrzehnten an einer Überdosis krepierenden Sohn trauernden Mutter ... Das ergibt ein mit messerscharfem Witz, aber auch mitfühlendem Verständnis geschriebenes Panorama der Pariser Gesellschaft.

Virginie Despentes: Das Leben des Vernon Subutex. Deutsch von Claudia Steinitz. Kiepenheuer & Witsch, 400 Seiten, 22,70 Euro

Bestellen: www.diefachbuchhandlung.at

Verlost werden ...

... vier Exemplare des Buches „Genug gejamert“ – Warum wir gerade jetzt ein starkes soziales Netz brauchen.

(Info: Seite 3)

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

LÖSUNG BITTE EINSENDEN AN:

Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien oder gewinnspiel@oegb.at
Einsendeschluss: 27. Oktober 2017

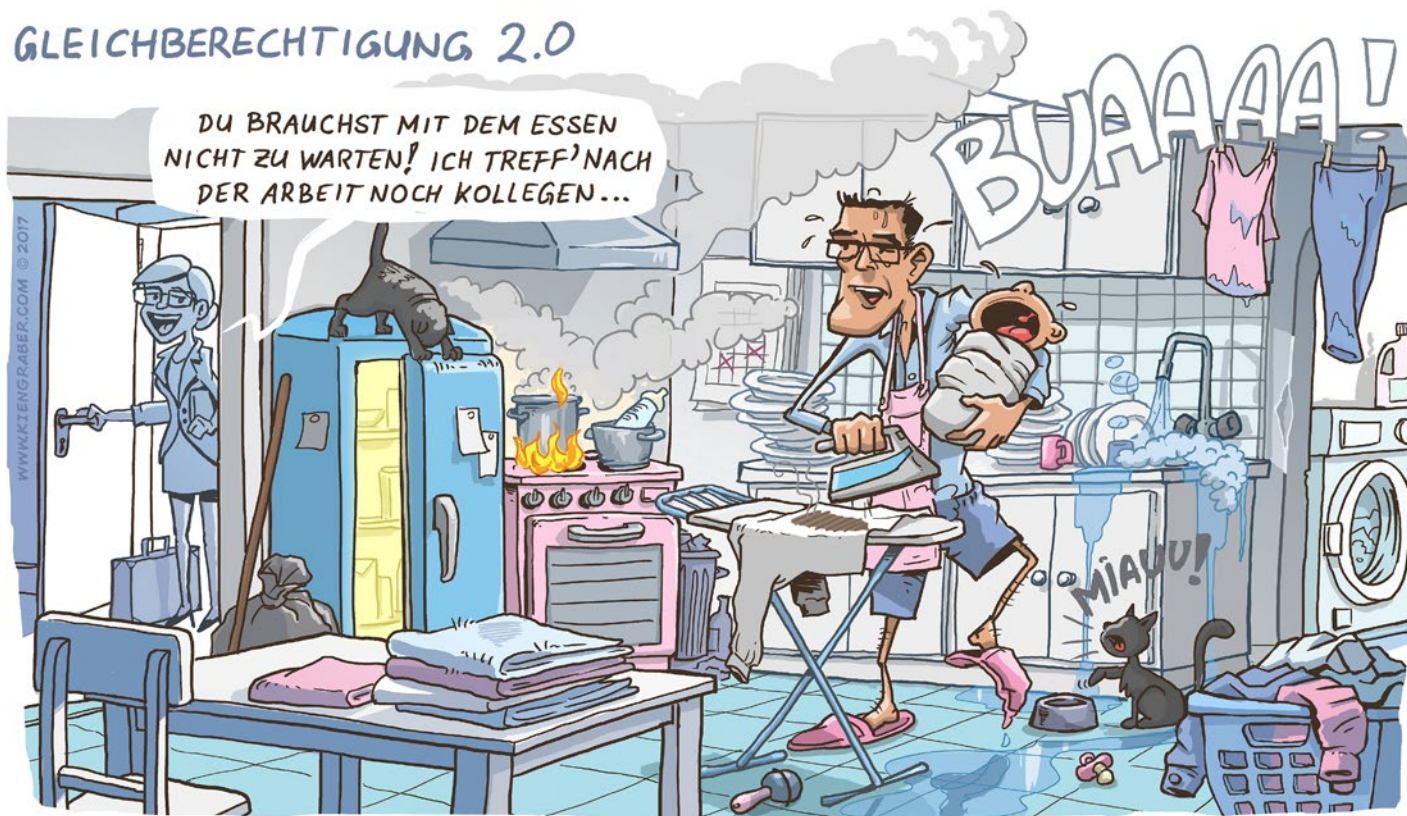
Auflösung des Rätsels Solidarität - Nr. 972

■ ■ ■ ■ K ■ ■ ■ I ■ ■ J ■
 K R A B I ■ E R L A A
 ■ U H R W E R K ■ N ■
 A N B E I ■ K ■ S K I
 ■ G ■ M ■ H E K T O R
 ■ E S S B A R ■ E ■ R
 E N T E ■ G ■ D A M E
 ■ ■ R ■ P E L I K A N
 ■ B I B E R ■ L ■ R ■
 ■ L E I D ■ K L I M A
 ■ U M L A U F ■ C O R
 ■ M E L L ■ Z W E R G

österr. Kabarettist (Peter) † 1986	unser Erdteil	Abk. eines Spezialgebiets d. Medizin	öst.-ung. Komponist (György) † 2006	▼	Gärstoff	geometrische Figur	▼	kurz für: von dem	▼	Fuß mit Krallen b. Greifvögeln
▶	▼	▼	▼		Brennstoff für alte Loks	↻ 4				
Montur, Dienstkleidung	▶						↻ 6	Marktge- meinde in OÖ		Lebens- abend
▶		↻ 5			dt. Sprach- forscher (Konrad) † 1911		österr. Fluglinie (Kurz- wort)	▶		▼
Arznei- rohstoff		Fach- mann, Kenner		Kraft- stoffart (Kurz-w.)	▶				↻ 8	
Patron d. Angler und Fischer	▶	▼					engl.: Gleis, Schiene			Sitz des Denk- ver- mögens
▶			↻ 2	Längen- maß		betrieb- sam, agil	▶			▼
Mietauto	gesunde Früchte		↻ 7	Südtiroler Stadtbew. Feldbahn- wagen						
ein- fetten, schmie- ren	▶				↻ 3	Abk.: Assis- tent		Ausruf der Er- schöpfung		zu keiner Zeit
Back- werk	▶				d. Hoch- gebirge betreffend					↻ 9
körper- seelische Belas- tung	▶						Kanton der Schweiz	▶		
Kohle- produkt	▶		↻ 1		Torten- zutat	▶				®

s1112-54

GLEICHBERECHTIGUNG 2.0



personal shop

Markenartikel zu Bestpreisen

Leichte Herren-Winter-Steppjacken zum Bestpreis!

Für Sie als Solidarität Leserinnen und Leser bis zu € 89,- Preisvorteil

blau/orange

IHR PREIS-VORTEIL 68%

UVP*-Preis 129,- Personalshop-Preis 49,99

BESTPREIS

€ **39.99**

Sie sparen € 89,01 gegenüber dem UVP*

NORDCAP

Größen

M L XL XXL 3 XL

TOP-PRODUKT-VORTEILE

- ✓ Vier aktuelle Trend-Farbkombinationen mit Kontrastfarbe im Innenfutter
- ✓ Sportlicher Chick durch Daunenoptik
- ✓ Ultraleicht, sehr bequem, bei kalten Temperaturen angenehm warm

- ✓ Kontrastfarbige Reißverschlüsse an der Front und den Taschen
- ✓ Mit praktischer Kapuze
- ✓ Stylishes Ärmel-Logo
- ✓ Unempfindlich durch Obermaterial: 100% Polyamid, Futter + Wattierung: 100% Polyester

NORDCAP

Qualität und Funktionalität

NORDCAP – hochwertige Outdoor-Bekleidung. Funktionelle Materialien, durchdachte Details und ausgezeichnete Verarbeitung sorgen für langlebigen Tragekomfort.

www.nordcap-sport.com

BESTELLSCHEIN 6088 mit 30 Tage Rückgaberecht

Bestellen leicht gemacht! ☎ **0 512 / 34 33 44**
FAX 0 512 / 34 33 44-400

Menge	Art.Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	UVP*	Personalshop-Preis	-68%
	62.209.566		Nordcap-Jacke schwarz/orange	€ 129,-	€ 49,99	€ 39,99
	62.209.579		Nordcap-Jacke blau/orange	€ 129,-	€ 49,99	€ 39,99
	62.209.595		Nordcap-Jacke grün/blau	€ 129,-	€ 49,99	€ 39,99
	62.211.374		Nordcap-Jacke rot/schwarz	€ 129,-	€ 49,99	€ 39,99

www.personalshop.com

Um sich im Shop anzumelden, verwenden Sie bitte diesen PIN-Code! (1 Monat gültig) Ihr PIN-Code ist gleichzeitig Ihr Gutscheincode. Beim Einlösen des Gutscheines im Warenkorb wird Ihr Rabatt abgebogen.

6088



SEHR GUT 4.66/5.00

Stand: 09/2017, 14.435 Bewertungen



Direkt zum Online-Shop

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6020 Innsbruck, Gärberbach 9, Tel: 0 512 / 34 33 44, Fax: 0 512 / 34 33 44-400, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet.

Gleich einsenden an:
Servus Handels- und Verlagsgesellschaft m.b.H.
Postfach 2, A-6050 Hall in Tirol

5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „wenn und aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

* Stappreise beziehen sich auf Hersteller-Listenpreise oder unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP)
** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht finden Sie auf: www.personalshop.com

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

Besten Dank